

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf,

Lugau, Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 67.

Donnerstag, den 21. März 1901.

28. Jahrgang.

Freitag und Sonnabend, den 22. und 23. März 1901 werden sämtliche Geschäftsräume des Rathhauses (Altstadt) gereinigt. An diesen Tagen werden nur dringliche, keinen Aufschub duldende Sachen erledigt.

Hierzu, sowie zur Entgegennahme der standesamtlichen Anzeige von Todesfällen ist das Wachtlokal (Zimmer Nr. 9) an beiden Tagen von Vormittag 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Die Sparrasse ist Sonnabend, den 23. d. Mts. ebenfalls wegen Reinigung der Geschäftsräume für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Hohenstein-Ernstthal, am 12. März 1901.

Der Stadtrath.
Dr. Polster.

Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschule Hohenstein-Ernstthal.

Die Prüfungen bei unserer Anstalt finden
Sonntag, den 24. März

in der Zeit von 11—1 Uhr statt. Die theoretischen und praktischen Schülerarbeiten des letzten Jahres sind am 24. und 25. März in der Schulkturnhalle zu jedermanns Ansicht ausgestellt.

Wir beehren uns zum Besuche ergebenst einzuladen.

Die Direktion der gewerbl. Fach- und Fortbildungsschule.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. März. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Etats. — Abg. v. Scheele (Welfe) macht dem Reichskanzler den Vorwurf, den traffesten Egoismus als die Grundlage der Reichspolitik betont zu haben, und wünscht sodann eine Reorganisation des Unteroffizierskorps. Es empfehle sich eine Zwischenstufe zwischen Unteroffizieren und Offizieren, sowie namentlich auch eine vermehrte Fürsorge für Unteroffizierswitwen. Weiter beschwert sich Redner über die Zurücksetzung von Kriegerverwundten, deren Mitglieder welfischer Gesinnung seien. — Damit schließt die Generaldebatte. — Beim Etat des Reichskanzlers beschwert sich Abg. Fischer-Berlin darüber, daß die Berliner politische Polizei auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bespitzle. Ein Beamter der Polizei sei an einen Genossen herangeraten, um ihn zu veranlassen, an seiner Partei zum Zubas zu werden und Beschüsse der Fraktion der Polizei zu verrathen. Es handle sich um einen arbeitslosen Genossen, dessen Nothlage der Kriminalkommissar v. Arnim auszubehuten versucht habe. — Reichskanzler Graf Bülow: Mir ist von diesen Vorgängen nicht das Allermindeste bekannt. Im Uebrigen handelt es sich um eine rein preussische Angelegenheit, über die im preussischen Landtage der Minister des Innern sicher bereit ist, Aufschluß zu geben. — Abg. Fischer: Es handle sich hier um die Reichstagsfraktion, also auch um eine Reichsangelegenheit. — Beim Etat des Auswärtigen Amtes bemerkt Abg. Fürst Bismarck, der Reichskanzler habe neulich in pointirter Weise gesagt, es handle sich für uns in China um eine Lebensfrage. Das gehe ihm denn doch zu weit; eine Lebensfrage sei das für uns nicht. Um Uebrigen sei er von den neulichen Erklärungen des Reichskanzlers befriedigt und er habe das Vertrauen zu ihm, daß er die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten aufrecht zu erhalten verstehen werde. So lange Deutschland alle Beschwerden Chinas ebenso wie die in der Mandchurien-Angelegenheit an das Concert der Mächte verweise, so lange könnten wir jedem Wechsel in Ruhe entgegen sehen. Die chinesischen Seesüßle aber dürften nicht zu hoch geschraubt werden, sonst gehe es uns, wie der Henne mit den goldenen Eiern. Redner widmet schließlich dem früheren Gesandten v. Brandt Worte ehrender Anerkennung. — Reichskanzler Graf Bülow dankt dem Vorredner für diese wohlwollende Aeußerung, Vorredner hat nun freilich einen gewissen Widerspruch gefunden zwischen dem, was ich gesagt habe einerseits über unsere Gleichgiltigkeit gegenüber der Mandchurienfrage, andererseits darüber, daß wir Chinas Leistungsfähigkeit nicht zu sehr geschwächt zu sehen wünschten. Aber darin liegt doch wohl kein Widerspruch. Ich habe einerseits erklärt, daß unser Abkommen mit China sich nicht auf die Mandchurien beziehe, andererseits betont, daß wir, so lange unsere Entschädigungsansprüche an China noch nicht befriedigt

seien, Chinas Leistungsvermögen nicht zu sehr beeinträchtigt sehen möchten. Ich habe übrigens soeben ein Telegramm von unserem Botschafter in Petersburg erhalten, welches mittheilt, daß der dortige Minister des Auswärtigen demselben sein volles Einverständnis mit meinen neulichen Erklärungen ausgesprochen hat. (Hört! Hört!) Interessant ist mir, wie der Vorredner dem neulichen Programm Nichters zugestimmt hat. (Redde mihi nicht nur legiones, sondern auch Millionen!) (Heiterkeit), denn es zeigt, daß auch einmal der Berg zu Mohammed kommen kann. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat Anstoß genommen an dem von mir gebrauchten Ausdruck „Lebensfrage“. Ich glaube aber nicht, daß Jemand dadurch erschreckt werden kann. Ich habe von einem solchen Erschrecken nichts gemerkt. Ditaßen ist für uns durchaus nicht Angel- und Drehpunkt der Politik, aber wir haben dort allerdings große Handelsinteressen. Unsere Ausfuhr nach dort beträgt 80 Millionen, ohne das, was über England und andere Länder geht. In Schantung ferner haben wir vielleicht 100 Millionen investirt, wir haben also ein Interesse daran, daß nicht etwa China die Beute einer einzelnen Macht werde, sondern daß wir unseren Einfluß behaupten, insbesondere denjenigen auf den chinesischen Handel. Das hat ja auch ein Schriftsteller von der äußersten Linken, Dr. Bernstein, zugegeben. Ich schließe damit, wir haben unseren politischen Schwerpunkt in Europa, wir haben aber auch Interessen und Rechte in Ostasien, die wir schützen müssen, und wir haben auch vor Allem zu schützen unsere Ehre, die beleidigt worden ist durch die Ermordung unseres Gesandten. Diese Ehre zu schützen, das ist für uns allerdings eine Lebensfrage. — Abg. Bachnicke fragt an wegen Veröffentlichung der Ergebnisse der Haager Konferenz. — Staatssekretär v. Rüdiger erwidert, die Unterschriften der Mächte zu den Deklarationen liegen der niederländischen Regierung noch nicht vor, und es könne auch nach dem herrschenden Brauche dieser eine Publikation nicht erfolgen. Er hoffe, noch in dieser Session die Ergebnisse vorlegen zu können. — Abg. Beckh (freis. Ver.) beschwert sich über das ablehnende Verhalten einzelner Konsulate, so in Moskau, gegenüber kaufmännischen Anfragen. — Direktor v. Körner rechtfertigt das Verhalten des Moskauer Konsuls Krumboldt. — Abg. Fürst Bismarck bemerkt, der Reichskanzler habe ihn in einem Punkte mißverstanden. Der Kanzler habe heute seine neuliche Aeußerung über die Lebensfrage verschoben, heute habe sich der Kanzler so geäußert, als ob es sich für uns in Ostasien nur um die Ehre handle; neulich habe er sich dagegen so ausgedrückt, als ob es sich für uns in Ostasien ganz allgemein um eine Lebensfrage handle. Dieser Anschauung habe er Erwähnung gethan, nicht um die Politik des Reichskanzlers zu tabeln, sondern vielmehr gerade den neulich erhobenen Einwänden von links zu begegnen. — Reichskanzler Graf Bülow: Ich danke dem Herrn Vorredner für seine wohlwollende und erfolgreiche Unterstützung. (Heiterkeit links.) Die Resolution wird angenommen. — Zum Kolonialetat

befürwortet Abg. Bebel eine Resolution betreffend Verlegung eines Gesetzesentwurfs, dem zufolge die in unseren Kolonien von Hausklaven geborenen Kinder als freie anerkannt werden. — Kolonialdirektor Dr. Stübel: Der Antrag Bebel sei deshalb unannehmbar, weil er, wenn er sich nur auf die Kinder erstreckt, dennoch von den Skavenhaltern als Freigabe der Skaven, als Abschaffung der Sklaverei empfunden werden würde, und das würde zu Unruhen führen. Die Resolution Bebel wird abgelehnt. — Beim Etat des Reichsamtes des Innern befürwortet Abg. Schmidt-Gerberfeld eine Resolution betr. Detailverkauf von Kohlen und Coks nach Gewicht. — Abg. Beckh empfiehlt seine Resolution Gunsten einer internationalen Vogelschutzkonvention. — Staatssekretär Graf Hofadomsky erklärt bezüglich der Schmidt'schen Resolution, daß über deren Forderungen bereits Erwägungen schwebten. — Abg. Stöcker kommt auf den Tucherbrief und die Stellung der Sozialdemokraten zur Religion zurück. Die Sozialdemokraten arbeiteten mit entwendeten vertraulichen Briefen. (Abg. Kunert ruft: Freiheit! Präsident Graf Ballestrem ruft ihn dieserhalb zur Ordnung.) Redner sucht ferner seinen Scheiterhaufenbrief zu rechtfertigen und polemisiert weiter gegen die Sozialdemokraten namentlich wegen ihrer Stellung zur preussischen Monarchie gelegentlich der 200-Jahrfeier. „Hunde schnüffeln manchmal im Straßendreck herum, aber daß sie, wie Sie das thun, den ganzen Dreck zusammen fegen, das thun nicht einmal Hunde.“ — Redner wird wiederholt von den Sozialdemokraten unterbrochen, so daß der Präsident zeitweise die Letzteren energisch zur Ruhe mahnen muß.

Zu dem Bremer Attentat meldet die „Königliche Zeitung“: Der Attentäter sei nicht, wie bisher angenommen, alsbald von Gendarmen niedergeworfen worden, sondern nach den bisherigen Zeugnisaussagen in einem epileptischen Anfall niedergestürzt. Das ganze Attentat stelle sich als ein zu höchst ungelegener Stunde unter beklagenswerthen Umständen eingetretener Krankheitsanfall eines in Bewußtlosigkeit handelnden Epileptikers dar.

Recht kritisch äußert sich zu den chinesischen Fragen in der deutschen Presse die conservative „Schlesische Zeitung“, indem sie schreibt: „Wir sind mit unserer Chinapolitik in ein Räderwerk gerathen, bei dem es ohne Quetschung nicht mehr abgeht. Jede neue Drehung der Maschine macht uns schmerzlich klar, daß wir besser gethan hätten, die Finger davon zu lassen. Jede neue Wendung der Weltpolitik beweist, wie recht diejenigen hatten, welche von Anbeginn vor dem ostasiatischen Abenteuer warnten.“

Der zweite Proceß gegen Sternberg wegen Sittlichkeitsvergehen ist auf Antrag des Staatsanwalts wegen weiterer Zeugenladungen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Mit dem Zerfalle Oesterreichs beschäftigen sich Pariser Blätter angelegentlich, sprechen von einem gewaltigen Machtzuwachs, den Deutschland zu erwarten